

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 15. September 2025  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

**A 373 Anfrage Spring Laura und Mit. über die Auswirkungen des Sparpakets des Bundes auf den Kanton Luzern / Finanzdepartement**

Laura Spring ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Laura Spring: Auch in den Medien wurden die Auswirkungen des Sparpakets auf den Kanton Luzern mehrmals aufgegriffen. Zu Recht. Die Antworten zu dieser Anfrage zeigen, dass die Luzerner Bevölkerung massiv von diesen Sparmassnahmen des Bundes betroffen sein wird. Ich kann festhalten, dass die Regierung grosse Auswirkungen auf den öffentlichen Verkehr (öV), eine Zunahme der Kosten und Mehraufwand im Bereich Integration, grosse Unsicherheiten in Bezug auf die Prämienverbilligungen und Einbussen bei der Landwirtschaft befürchtet. Ich gehe etwas vertieft auf den Bereich öV ein. Es ist fatal, wenn der Kanton infolge der Kürzungen des Bundes mit der öV-Förderung nicht vorwärtskommt und sogar Rückschläge in Kauf nehmen muss. Die öV-Nutzung im Kanton Luzern entwickelt sich bereits zu wenig gut. Der Grund ist physikalisch: Zu viele einzelne Fahrzeuge blockieren die Busse, die wiederum zu spät sind. Dieser Mangel an Zuverlässigkeit wird durch die Sparmassnahmen des Bundes zusätzlich verschlechtert, denn höhere Preise und die Streichung von Buslinien würden die jetzige Situation zusätzlich belasten. Die Auswirkungen auf die Luzerner Landwirtschaft beurteile ich als viel umfassender als von der Regierung ausgeführt. Das Entlastungspaket 2027 (EP27) des Bundes sieht im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft Einsparungen in der Höhe von total 257 Millionen Franken vor. Konkret wird folgendes gestrichen: Verzicht auf Beihilfe Viehwirtschaft, Verzicht auf Obstverwertungsbeiträge, die Erhöhung der Versteigerung der Kontingente für die Zollversteigerung und die Kürzung der Landschaftsqualitätsbeiträge auf 50 Prozent. Mehrere geplante Einzelmaßnahmen zähle ich nicht auf. Die Regierung führt nur die letzte Massnahme auf. Diese hätte sicher direkte Auswirkungen auf die Einkommen in der Landwirtschaft, weil die Beiträge zur Förderung der regionalen Biodiversität gekürzt werden. Aber auch die anderen Kürzungen hätten grosse Auswirkungen. Heute wird ein Teil der Kontingente nach Inlandleistung verteilt. Das schafft eine hohe Nachfrage nach Schweizer Fleisch. Die Schweizer Produkte bleiben daher nie liegen. Der tiefere Preis für die Kontingente hilft den Verarbeitern, die höheren Schweizer Preise zu bezahlen. Wenn also mehr Kontingente versteigert werden, käme es bei den Preisen der Produzierenden zu einem Abfall und zu einer Förderung des Fleischimports anstatt der Schweizer Produktion. Das sind sehr harte indirekte Auswirkungen des EP27 auf die Schweizer und die Luzerner Wirtschaft. Ich habe ein Beispiel vertieft, um aufzuzeigen, wie dieses Sparpaket funktioniert. Es senkt

vordergründig die Bundesausgaben, produziert aber ebenso viele Nebeneffekte, viele davon zulasten der Bevölkerung und der Kantone und somit der ganzen Schweiz. Umso irritierender ist die letzte Antwort der Regierung. Sie schreibt, die Absicht einer Zusatzsteuer wäre, das Steuersubstrat vermehrt kantonal abschöpfen zu können und den Ertrag des Bundes zu reduzieren. Voilà. Wenn alle Kantone und Staatsebenen so arbeiten, werden wir zusehen müssen, wie der Bund noch mehr solche Sparpakete schnürt. Jede Sparmassnahme trifft aber schlussendlich unsere Luzerner Bevölkerung. Daher teilt die Grüne Fraktion die ganzheitliche Position der Regierung und lehnt das EP27 ab. Es hätte chaotische Auswirkungen auf viele wichtige Bereiche.

Marcel Lingg: Unser Rat ist sich wohl einig darüber, dass das EP27, beziehungsweise die nicht ganz so prall gefüllte Bundeskasse auch Auswirkungen auf die Finanzen oder das Angebot unseres Kantons oder sogar der Gemeinden haben wird. Uns Politikern bleiben drei Möglichkeiten, um dem entgegenzuwirken. Einerseits können wir die Finanzierung des Leistungsangebotes selbst übernehmen, welches der Bund streicht. Wir können aber auch hart bleiben und Nein sagen, das hätte eine Angebotsreduktion zur Folge. Wir können aber auch versuchen, mit den entsprechenden Bundesstellen zu diskutieren. Bundesrätin Karin Keller-Suter konnte eine Lehrstunde auf höchster Ebene geniessen, wie man standhaft bleiben kann. Trotzdem, nachdem wir letzten Dienstag über die J+S-Kürzungen diskutiert haben, konnten wir feststellen, dass der Bund doch mit sich reden lässt. Wahrscheinlich hat es diese Debatte in unserem Rat einfach gebraucht, um den Bund in Bezug auf die J+S-Gelder umstimmen zu können. Der SVP-Fraktion ist es wichtig, dass wir jetzt nicht in Panik geraten, deshalb möchte ich auch nicht über einzelne im Postulat aufgelistete Positionen sprechen. Aufgabe unseres Rates ist es meiner Meinung nach, dass wir die Thematik entweder mit eigenen separaten Vorstössen oder anlässlich der Diskussion über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) aufnehmen. Wir sollten versuchen, wie bei den J+S-Geldern einen Konsens und somit eine für alle passende Lösung zu finden. Alle Parteien haben Vertretungen im Eidgenössischen Parlament, wir dürfen also auch versuchen, auf diese Einfluss zu nehmen, damit die Folgen des EP27 für den Kanton und sein Angebot nicht zu gravierend sind.

Heidi Scherer: Es liegt in der Natur der Sache: Wenn das Geld knapp wird, müssen Massnahmen geprüft werden. Es ist wohl unbestritten, dass das Ausgabenwachstum in den letzten Jahren sowohl auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene stark zugenommen hat. Entlastungen können mittels Abbau von Leistungen oder der Überwälzung auf die eine oder andere Ebene erfolgen. Im EP27 ist beides vorhanden. Die gestellten Fragen sind interessant, aber wie die Antwort des Regierungsrates zeigt, ist vieles noch nicht bekannt und vor allem nicht definitiv. Die Debatte ist noch nicht abgeschlossen und nicht nur die Kantone kämpfen weiter, dass der Spielraum für Abstriche bei den geplanten Massnahmen grösser wird. Der Kanton Luzern setzt sich weiterhin dafür ein und wie wir aus aktuellem Anlass gehört haben, hat der Widerstand gegen die Kürzung bei den J+S-Geldern offensichtlich Wirkung gezeigt. Ich glaube, dafür ist nicht nur der Kanton Luzern verantwortlich. Es ist davon auszugehen, dass das Bundesparlament durchaus Handlungsspielraum hat, nämlich dort, wo es zu einer finanziellen Lastenverschiebung vom Bund auf die Kantone oder Gemeinden kommen könnte und damit zu Gesetzesänderungen. Es ist also noch nichts entschieden. Nichtsdestotrotz muss der Kanton Luzern vorbereitet sein und Szenarien erstellen, und das tut er auch. So hat er im AFP bereits einen Platzhalter für das EP27 eingepflegt. In diesem Sinn erachtet die FDP-Fraktion die Antwort des Regierungsrates als nachvollziehbar und zufriedenstellend.

Priska Fleischlin: Die Anfrage zeigt ein wichtiges Thema auf, das den Kanton Luzern finanziell stark belasten wird. Im EP27 sind Themen aufgeführt, die uns alle und alle Schichten und Gruppen im Kanton betreffen. Einerseits im Verkehrsbereich, wo Jugendliche, Menschen

mit Behinderungen, Familien und ältere Menschen stark davon betroffen sind, ob sich die Ticketpreise erhöhen oder nicht. Im Landwirtschaftsbereich ist eine massive Kürzung von 8 Millionen Franken vorgesehen. Die Bildung ist ebenfalls betroffen. Auch bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) müssen wir von Kürzungen ausgehen. Im AFP ist zwar ein Platzhalter vorgesehen, aber gleichzeitig auch Steuersenkungen. Für die SP ist das EP27 ein Frontalangriff auf die soziale Schweiz. Für uns ist klar, dass diese Sparmassnahmen nicht auf die Bevölkerung übertragen werden dürfen, sondern vom Kanton übernommen werden müssen. Zusammen mit den vorgesehenen Steuersenkungen geht das finanziell nicht auf. Die SP-Fraktion wird sich im Rahmen des AFP gegen Steuersenkungen einsetzen. Wir werden die Folgen der kommende Sparpakete auch weiterhin im Auge behalten. Wir sind darauf angewiesen, dass die Regierung weiterhin genau verfolgt, was auf uns zukommen kann. Es ist klar, dass wir in diesem AFP nicht auf alles reagieren können, aber für den nächsten AFP verfügen wir über genauere Informationen. Wir alle können – diesbezüglich gebe ich Marcel Lingg recht – unsere Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier in Bern kontaktieren, damit sie dafür sorgen, dass die Sparpakete nicht umgesetzt werden.

Michèle Albrecht: Die Mitte-Fraktion teilt die Sorgen rund um das EP27. Die Antwort des Regierungsrates macht deutlich, dass die Massnahmen des Bundes zentrale Lebensbereiche und auch die Bevölkerung des Kantons Luzern direkt treffen. Es ist aber auch festzuhalten, dass der Bundesrat den Kantonen seit Einreichung der Anfrage in gewissen Punkten entgegengekommen ist. So etwa bei den J+S-Beiträgen, aber auch bei der Krankenversicherung, der Berufsbildung und im Finanzausgleich. Das zeigt, dass der Dialog wirkt. Eigentlich wollte ich die vier Bereiche öV, Asyl, Bildung und OECD hervorheben, die auch aus Sicht der Mitte einen hohen Bezug zum Kanton haben. Das unterlasse ich aber, weil der Zeitpunkt heute unpassend ist. Zusammenfassend steht die Mitte-Fraktion aber weiterhin für finanzielle Verantwortung, aber selbstverständlich nicht auf dem Rücken von Familien, Studierenden oder der ländlichen Bevölkerung. Wir wollen Lösungen, die sozial tragbar, ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich zukunftsorientiert sind. Warten wir gespannt auf die Debatte in Bundesbern im Dezember 2025, dort müssen die richtigen Weichen gestellt werden.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich habe es letzte Woche bereits einmal gesagt und darf es heute wiederholen: Man kann den Bären nicht waschen, ohne dass das Fell nass wird. Das gilt auch für den Bundeshaushalt. Der Regierung ist es wichtig, dass jede Staatsebene ihre Aufgabe und die Finanzierung ihrer Aufgabenbereiche wahrnimmt. Wir wehren uns dagegen, dass man einfach davon ausgeht, dass die Kantone in die Bresche springen und sämtliche finanziellen Konsequenzen übernehmen, sodass niemand etwas spürt. Das wäre ein fatales Signal. Tatsache ist aber, dass es beispielsweise im Hochschulbereich nicht realistisch ist, die vom Bund angedachten Massnahmen 1:1 auf die Studierenden zu übertragen. Dort müsste sich der Kanton entsprechende Gedanken machen. Wir haben im AFP deshalb einen Platzhalter eingestellt, der dafür sorgen soll, dass wir gewisse Abfederungsmassnahmen finanzieren könnten, aber nicht flächendeckend. Dieser Platzhalter ist nicht so gross, wie sich die Einsparungen des Bundes auf das Gebiet des Kantons Luzern auswirken werden. Insgesamt müssen wir aber auch ehrlich sein: Der Bund hat in erster Linie kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Das sollten wir uns zu Gemüte führen und unseren Haushalt so gestalten, dass es bei uns nicht zu solchen Übungen wie beim Bund kommt, indem wir die Ausgaben mässig wachsen lassen. Wir sollten dafür sorgen, dass wir auch in Zukunft für unsere Ausgaben aufkommen können, ohne die entsprechenden finanziellen Mittel auf eine andere Staatsebene verschieben zu müssen. Das muss unser Ziel sein, aber auch das des

Bundes.